



OA-Update / 15, 18.12.2020

# Südosteuropa



Mit diesem letzten Update zu Südosteuropa verabschieden wir uns für dieses Jahr von Ihnen. Es geht ein für uns alle besonders herausforderndes Jahr 2020 zu Ende. Wir hoffen, dass Ihre persönliche Bilanz neben den Herausforderungen durch die Corona-Pandemie auch einige

Lichtpunkte enthält und dass das kommende Jahr 2021 umso positivere Aussichten und vor allem Gesundheit bereithält. Wir wünschen Ihnen ein schönes und besinnliches Weihnachtsfest und kommen Sie gut über den Jahreswechsel!

In diesem Update informieren wir Sie wie gewohnt über die Entwicklungen in der Region, verweisen auf aktuelle Veranstaltungen und blicken auf das Jahr 2020 zurück.

Folgende Themen finden Sie im neuen Update:

- **Top-Ereignisse 2020**
- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

## Top-Ereignisse 2020

---

- **Januar 2020:** Kroatien übernimmt erstmals die EU-Ratspräsidentschaft.
- **Mai 2020:** Im Rahmen der kroatischen Ratspräsidentschaft findet der EU-Westbalkan-Gipfel statt, auf dem die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen für Nordmazedonien und Albanien beschlossen wird.
- **Oktober 2020:** Trotz der Herausforderungen im Corona-Jahr 2020 können wir 56 Stipendiaten zu ihren Praktika im Rahmen unseres Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft in Deutschland begrüßen.
- **November 2020:** Maja Sandu gewinnt die Wahlen und wird erste Präsidentin der Republik Moldau.
- **Dezember 2020:** Nach zähen Verhandlungen kommt es unter deutscher Ratspräsidentschaft zur Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU.

Diese Liste der Ereignisse ist sicher keine abschließende. Die Parlamentswahlen in Serbien, Nordmazedonien oder Kroatien könnten außerdem genannt werden. Auch das Erdbeben, das Kroatien im März erschüttert und vor allem in Zagreb schwere Schäden verursacht hat, ist ein Ereignis, das das Leben, die Politik und zweifelsohne auch die Wirtschaft beeinflusst.

## Wirtschaftspolitik

---

Mit guten Nachrichten geht das Jahr für die Länder des Westlichen Balkans zu Ende. Am 18. Dezember meldet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dass die Europäische Union die bestehenden Handelserleichterungen für die Staaten des Westbalkans verlängert. Dabei handelt es sich um die Staaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien. Die Presserklärung dazu finden Sie [hier](#).

Mit dem Ablauf dieses Jahres geht auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft zu Ende. In Brüssel konnten sich am 10. Dezember die EU-Institutionen nach der Aufgabe des Vetos durch Polen und Ungarn auf einen **EU-Haushalt für 2021** einigen. Dieser umfasst den *Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR, 2021-2027)* und den *Aufbaufonds der EU der nächsten Generation (NGEU)*. Die Gesamtsumme des Haushalts beläuft sich auf 1.100 Milliarden Euro, dazu kommt das Wiederaufbau-Instrument in Höhe von 750 Milliarden Euro. Die finanzielle Unterstützung für die wirtschaftliche Erholung der Mitgliedstaaten durch die Corona-Pandemie kann damit beginnen. Weitere Informationen finden Sie hier auf der Seite der [deutschen Ratspräsidentschaft](#).

Hintergrund des von Polen und Ungarn angedrohten Vetos war der Rechtsstaatsmechanismus, der auf die Mittelvergabe aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen und dem NGEU Auswirkungen haben soll. Am Ende einigte man sich auf einen Kompromiss, der die folgenden Kernpunkte enthält: EU-Mitgliedsländern können Fördermittel gestrichen werden, wenn die Kommission Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit feststellt und die Mitgliederländer dies mit einer qualifizierten Mehrheit bestätigen. Der Mechanismus wird um eine Zusatzerklärung ergänzt. Diese legt die Regularien fest. Der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus wird erst angewandt, nachdem der Europäische

Gerichtshof (EuGH) ein Urteil gesprochen hat. Der Mechanismus wird nicht auf den letzten Haushalt 2014 - 2020 angewendet. Eine rückwirkende Kürzung ist daher nicht möglich.

Die **zweite Welle der Corona-Pandemie** hat Europa fest im Griff und erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Balkan Insight berichtet [hier](#) über die Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte und damit Einkommen in der Region.

Alle relevanten Informationen zum aktuellen Infektionsgeschehen sowie zu Restriktionen und Lockerungen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie veröffentlicht der Ost-Ausschuss wie gewohnt in seinem täglich aktualisierten [Corona-Dossier](#).

In **Bulgarien** hat die Regierung wegen steigender Infektionszahlen einen Teil-Lockdown bis 21. Dezember beschlossen. Für die betroffenen Unternehmen sollen 400 Millionen BGN (rund 200 Millionen Euro) bereitgestellt werden.

Nachdem im Mai 2020 im Rahmen des EU-Westbalkan Gipfels endlich grünes Licht für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen für **Albanien** und **Nordmazedonien** gegeben wurde, ist diese zunächst am Veto Bulgariens und der Niederlande gescheitert. Die niederländische Regierung hat Bedenken hinsichtlich der Funktionalität des albanischen Verfassungsgerichts und verlangt die Umsetzung eines Medien-Gesetzes, ehe die Beitrittsverhandlungen beginnen können. Bulgarien hat sein Veto bei der Abstimmung über den Verhandlungsrahmen für die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien eingelegt und damit die Beitrittskonferenz, die unter deutscher Ratspräsidentschaft vorgesehen war, unmöglich gemacht. Hintergrund ist weiterhin die unterschiedliche Interpretation zu Sprache und Geschichte beider Länder. Einen ausführlichen Bericht liefert die Deutsche Welle [hier](#).

Am 4. Dezember 2020 bestätigte das Parlament **Montenegros** die neue Regierung unter Premierminister **Zdravko Krivokapic**. Die Liste seines Kabinetts finden Sie hier auf der offiziellen Seite der montenegrinischen Regierung. Balkan Insight berichtet am 17. Dezember 2020, dass die Regierung sieben Botschafter zurückgerufen hat, darunter auch die Botschafterin Montenegros in Deutschland. Hintergründe dazu finden sie [hier](#).

Am 6. Dezember 2020 haben in **Rumänien** Parlamentswahlen stattgefunden. Die wichtigsten Parteien im Wahlkampf für den Senat und die Abgeordnetenversammlung waren die PSD (Sozialdemokraten), PNL (Liberale Partei), USRL-PLUS (Union Rettet Rumänien), PMP (Partei der Volksbewegung), PRO Romania, der Ungarnverband (UDMR) und die vor einem Jahr gegründete nationalistische Partei AUR (Allianz für die Einheit der Rumänen). Bei den am 7. Dezember 2020 veröffentlichten Ergebnissen hat die PSD über 29 Prozent der Stimmen erzielt, gefolgt von der PNL mit 25 Prozent und der USRL PLUS mit 15 Prozent. Aktuell laufen Gespräche über die Regierungsbildung. Informationen zum aktuellen Stand finden sie [hier](#). Die Wahlbeteiligung lag bei rund 33 Prozent und war so niedrig wie noch nie bei einer Parlamentswahl.

## Konjunktur

---

Das Jahr 2020 hatte es in sich. Hier haben wir für Sie die aktuellen Zahlen auf Basis der Berichte der GTAI zusammengestellt, auf die wir jeweils verlinkt haben.

**Albanien:** In Albanien ist für 2020 mit einem Rückgang von 7,5 Prozent des BIP zu rechnen, für 2021 wird ein Plus von 6,1 Prozent prognostiziert.

**Bosnien und Herzegowina:** Das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) rechnet mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von real rund fünf Prozent 2020. Im Jahr 2021 wird dann mit drei Prozent voraussichtlich wieder ein Zuwachs erwartet. Der Internationale Währungsfonds (IWF) teilt diese Einschätzung.

**Bulgarien:** Der Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Bulgarien wird 2020 mit voraussichtlich 5,1 Prozent geringer ausfallen, als noch im Sommer mit 6,2 Prozent erwartet, prognostiziert die Weltbank. Bulgariens Konjunktur war im ersten Halbjahr 2020 um 4,2 Prozent abgesackt. Damit gehörte das Land zu den sechs Volkswirtschaften in Europa, die von den Folgen der Corona-Pandemie bisher vergleichsweise weniger hart getroffen wurden. Die Weltbank rechnet für 2021 mit einem Wachstum von 3,9 Prozent. Konservativer blickt das bulgarische Finanzministerium beziehungsweise dessen Finanzrat in die Zukunft. Es prognostiziert für 2021 ein Plus von nur 2,5 Prozent.

**Kosovo:** Seit 2015 ist die Wirtschaft in Kosovo real um rund vier Prozent pro Jahr gewachsen und gehörte damit zu den dynamischsten in Südosteuropa. Das Coronavirus sorgt nun auch dort für einen Einbruch der Wirtschaftsleistung. So geht das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) von einem Minus von 4,4 Prozent aus.

**Kroatien:** Die kroatische Regierung hat ihre Konjunkturprognose für 2020 leicht nach oben korrigiert. Statt eines Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 9,4 Prozent - wie noch im Frühjahr 2020 befürchtet - wird in einer neuen Schätzung ein Minus von „nur“ noch acht Prozent erwartet. Einer der Gründe dafür sind die Ergebnisse der diesjährigen Tourismussaison, die besser ausfielen als erwartet.

**Serbien:** Serbiens Wirtschaft hatte im ersten Quartal 2020 gut vorgelegt: Das BIP verzeichnete ein Plus von 5,1 Prozent im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres. Erst die Corona-Pandemie und der daraus resultierende Lockdown sorgten für ein abruptes Ende des Wachstums und ein Minus von 6,4 Prozent im zweiten Quartal, gab die serbische Statistikbehörde bekannt.

**Slowenien:** Die Coronapandemie hat die mehrjährige Phase kräftigen Wirtschaftswachstums in Slowenien beendet. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird 2020 um 7,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr sinken, schätzt die Europäische Kommission. Das ist der größte Rückgang der slowenischen Wirtschaftsleistung seit 2009. Für 2021 wird ein Wachstum von 5,1 Prozent prognostiziert.

**Montenegro:** Die Wirtschaftskammer Österreichs stellt fest, dass das Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahren angestiegen: 2018 um 5,1 Prozent, 2019 um 4,1 Prozent. Für das Jahr 2020 wird mit einem Wirtschaftseinbruch von 14,3 Prozent gerechnet.

**Nordmazedonien:** Nach einer Konjunkturdelle 2017 war die Wirtschaft Nordmazedoniens in 2018 und 2019 wieder auf Wachstumskurs. Doch auch hier hat das Virus das BIP-Wachstum ausgebremst. Für 2020 prognostiziert das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) einen Rückgang von 5,4 Prozent. Die Europäische Kommission sieht die Entwicklung ähnlich.

**Republik Moldau:** Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Moldau wuchs 2019 nach vorläufigen Angaben real um 4,7 Prozent. Für 2020 und 2021 liegen die Prognosen bei gut drei beziehungsweise knapp vier Prozent. Es besteht weiterhin erheblicher Aufholbedarf zu den südosteuropäischen Nachbarländern in der Europäischen Union (EU). Zu den größten Herausforderungen gehören die Modernisierung und der Ausbau der Infrastruktur, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Strukturreformen.

**Rumänien:** Die Coronakrise wirft die rumänische Wirtschaft zurück. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird in diesem Jahr um sieben Prozent schrumpfen, lautet die pessimistische Einschätzung des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw). Optimistischer fällt mit einem Minus von 3,8 Prozent die Prognose der Regierung aus.

## Projekte

---

**„Business Friendly Certificate“- Zertifizierte Unternehmensfreundlichkeit von Kommunen in Südosteuropa:** Kommunen in Südosteuropa (derzeit Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien) verbessern systematisch die lokalen Geschäftsbedingungen für Unternehmen und Investoren. Ziel der Kommunen ist es, ihre Dienstleistungen für den Privatsektor kontinuierlich zu verbessern und durch transparente und enge Zusammenarbeit ein günstiges Geschäfts- und Investitionsumfeld für Unternehmen zu schaffen. Die Geschäftsfreundlichkeit der Kommunen wird durch ein unabhängiges Prüfungsverfahren bewertet. Erfolgreiche Kommunen erhalten ein spezielles Zertifikat („Business Friendly Certificate“), ein international anerkannter Indikator für effiziente lokale Verwaltung und wirtschaftsfreundliche Services. Mehr als 90 Gemeinden haben diesen Transformationsprozess bereits durchlaufen und setzen ihren Weg zur Verbesserung ihres lokalen Geschäftsumfelds weiter fort. Laut einer unabhängigen Studie sind die Bedingungen für die Geschäftstätigkeit in zertifizierten Gemeinden um 76 Prozent besser als in Vergleichsgemeinden. Dieser Transformationsprozess der Städte und Gemeinden für eine nachhaltige lokale Wirtschaftsentwicklung wird durch das regionale **„Netzwerk für ein wirtschaftsfreundliches Umfeld in Südosteuropa“**, das das Fachwissen von mehr als 20 Institutionen und Organisationen in den teilnehmenden Ländern bündelt, darunter Ministerien, Handelskammern, Gemeindeverbände, Entwicklungsagenturen und akademische Einrichtungen. Das Netzwerk wird von der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit (über die GIZ) unterstützt. Mehr Informationen inkl. einer Liste mit zertifizierten Gemeinden: [www.bfc-see.org](http://www.bfc-see.org) (EN)



## Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft

---

Seit dem 30. November 2020 laufen die Auswahlgespräche für die 18. Stipendiengeneration des Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft, welche Mitte Februar 2021 abgeschlossen sein werden. Über 1.300 Young Professionals aus den sieben Partnerländern des Programms haben sich für einen der maximal 75 Praktikumsplätze für 2021 bei einem deutschen Unternehmen in Deutschland beworben.

### Aufruf zur Beteiligung:

Interessierte Unternehmen sind herzlich dazu eingeladen, ihr Interesse an einer Beteiligung zu bekunden: [www.bit.ly/2kcTHgM](http://www.bit.ly/2kcTHgM) oder sich direkt an die Programmdirektorin Antje Müller ([a.mueller@oa-ev.de](mailto:a.mueller@oa-ev.de)) zu wenden.

Zudem haben Unternehmen die Möglichkeit, an den Auswahlgesprächen teilzunehmen, um ihre zukünftigen Nachwuchskräfte direkt auszuwählen. Während die Interviews für Serbien, Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina noch 2020 durchgeführt werden, finden die Gespräche für Albanien, Montenegro, Kosovo und Nordmazedonien Anfang 2021 statt. Bei Interesse sind Unternehmen gebeten, sich ebenfalls direkt an Antje Müller ([a.mueller@oa-ev.de](mailto:a.mueller@oa-ev.de)) zu wenden.



## Veranstaltungsnachlese

---

Am 17. Dezember wurde in einer Online-Veranstaltung unter Beteiligung des Bundeswirtschaftsministeriums und des Regional Cooperation Council für den Westbalkan eine **neue Studie zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die digitale Transformation der Länder des Westlichen Balkans** vorgestellt, die fünf Unternehmen und der Ost-Ausschuss in Auftrag gegeben hatten. Erstellt wurde die Studie mit dem Titel „The Digital Leap. How COVID19 Transformed the Digital Future for the Western Balkans“ durch das Zentrum für Südosteuropa-Studien der Universität Graz unter Leitung von Prof. Florian Bieber. Die vollständige Studie ist als Download auf der Internetseite [www.digital-wb.eu](http://www.digital-wb.eu) verfügbar. Den Bericht zur Präsentation finden sie [hier](#).

Am 16. Dezember 2020 stand im Rahmen der **Eastern Partnership Business Days** die **Republik Moldau** im Mittelpunkt des Interesses: Vertreter aus Politik und Wirtschaft diskutierten in einer Online-Konferenz über die Chancen der Wirtschaft des Landes, sich stärker an europäischen Wertschöpfungsketten zu beteiligen. Das Länderpanel zu Moldau, an dem auch Wirtschaftsminister Anatol Usatii teilnahm, zog eine Bilanz von zehn Jahren Östlicher Partnerschaft der EU und blickte auf Potenziale für die zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit. Veranstaltet wurde die Reihe zu den Ländern der Östlichen Partnerschaft durch den Ost-Ausschuss in Kooperation mit NRW.Global Business, dem Auswärtigen Amt und der Europäischen Kommission im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Einen ausführlichen Veranstaltungsbericht finden sie [hier](#). Hinweisen möchten wir in diesem Zusammenhang auf die aktuelle Publikation zu Moldau als Investitionsstandort, die Sie auf der Seite der AHK in Bukarest als Download unter diesem Link anfordern können. [Republik Moldau \(ahkrumaenien.ro\)](http://RepublikMoldau(ahkrumaenien.ro))

Bereits am 25. November 2020 organisierte der Ost-Ausschuss ein zweistündiges **Online-Meeting mit dem Ministerpräsidenten der Republik Nordmazedonien Zoran Zaev**, dem Vize-Premierminister Fatmir Bytyqi sowie vier weiteren Ministern seines Kabinetts. Vertreter von rund 20 deutschen Unternehmen hatten dabei die Gelegenheit, sich über die aktuellen Investitionsbedingungen zu informieren und konkrete Projektvorhaben zu adressieren. Besonders groß war dabei das Interesse an einer Zusammenarbeit im Digital- und Gesundheitsbereich und bei Projekten zur Gebäudesanierung und der Erzeugung nachhaltiger Energie durch Wind- und Wasserkraft. Zaev und seine Ministerkollegen unterstrichen, dass die Regierung eine sehr langfristige Wachstumsstrategie verfolge und Investoren über Jahrzehnte hinaus verlässliche Rahmenbedingungen bieten werde. Dafür seien in den vergangenen Jahren die Weichen erfolgreich gestellt worden: Neben der raschen Angleichung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an EU-Standards gehöre auch der Kampf gegen Korruption zu den Prioritäten seiner Regierung, so Zaev. Der deutsche Handel mit dem Zwei-Millionen-Einwohnerland hatte sich 2019 mit einem Plus von neun Prozent auf mehr als vier Milliarden Euro außerordentlich erfolgreich entwickelt. In den ersten neun Monaten 2020 lag der Warenaustausch bei 2,6 Milliarden Euro. An dem Gespräch, das von Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms geleitet wurde, wirkten auch die deutsche Botschafterin in Skopje Anke Holstein sowie Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums und der deutschen Wirtschaftsvertretung in Nordmazedonien mit.

## Kommende Veranstaltungen

---

- **Mitte Januar 2021:** Auswahlgespräche für die 18. Generation des Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für Kosovo und Nordmazedonien
- **Mitte Januar 2021:** Arbeitssitzung des Länderarbeitskreises Südosteuropa/ Abstimmungsgespräch zu Aktivitäten der deutschen Wirtschaft im Rahmen des Berlin Prozesses
- **Mitte Februar 2021:** Auswahlgespräche für die 18. Generation des Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für Albanien und Montenegro
- **25. und 26. Februar 2020:** Die Handelskammern der sechs Westbalkan-Länder organisieren gemeinsam mit der DIHK Service GmbH ein Online-B2B für die Automobil- und Metallindustrie „Linking For the Future: Westbalkan und Deutschland“. Die digitale Veranstaltung bringt deutsche Einkäufer und Supply-Chain-Manager mit Produzenten aus dem Westbalkan in Kontakt. Die Teilnahme ist kostenlos, und bei minimalem Zeitaufwand können in virtuellen Einzelgesprächen neue Geschäftskontakte geknüpft und das Lieferantennetz erweitert werden. Weitere Informationen zur Veranstaltung und Hinweise zur Registrierung finden Sie [hier](#).

## Tipps & Links

---

Die GTAI hat eine aktuelle Analyse zu **Serbiens Weg durch die Coronakrise** veröffentlicht. <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/wirtschaftsumfeld/bericht-wirtschaftsumfeld/serbien/serbiens-wirtschaft-durchlaeuft-coronakrise-europaweit-am-besten-577762>

Wichtige Quellen mit **aktuellen Informationen** zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWV\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in [Albanien](#)
- Deutsche Botschaft in [Bosnien und Herzegowina](#)



- Deutsche Botschaft in [Bulgarien](#)
- Deutsche Botschaft in [Kroatien](#)
- Deutsche Botschaft in [Kosovo](#)
- Deutsche Botschaft in [Moldau](#)
- Deutsche Botschaft in [Montenegro](#)
- Deutsche Botschaft in [Nordmazedonien](#)
- Deutsche Botschaft in [Rumänien](#)
- Deutsche Botschaft in [Serbien](#)
- Deutsche Botschaft in [Slowenien](#)

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und bei [Twitter](#).

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#). Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gern an: Almut Wetjen, [A.Wetjen@oa-ev.de](mailto:A.Wetjen@oa-ev.de), Tel.: 01577-3423 612.

## Kontakt

---

Bitte beachten Sie, dass wir ab sofort unter neuer E-Mail-Adresse erreichbar sind.



**Anja Quiring**  
Regionaldirektorin Südosteuropa  
**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.**  
T: +49 30 206 167 130  
E: [a.quiring@oa-ev.de](mailto:a.quiring@oa-ev.de)



**Antje Müller**  
Programmdirektorin  
Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft  
für die Länder des Westlichen Balkans  
**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.**  
T. +49 30 206167-137  
E: [a.mueller@oa-ev.de](mailto:a.mueller@oa-ev.de)



**Karen Kümpel**  
Sekretariat Regionaldirektion Südosteuropa  
**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.**  
T. +49 30 206167-131  
E: [k.kuempel@oa-ev.de](mailto:k.kuempel@oa-ev.de)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

## **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.** Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

**Presse-Kontakt:** Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.  
Andreas Metz  
Tel.: +49 (0)30 206167-120  
E-Mail: [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)